

**Sperrfrist:
25. April 2005
10:00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort



Jahresmedienkonferenz vom 25. April 2005

Aussenwirtschaft: Den Blick nach vorne richten

Patrick Odier, Vizepräsident economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Geschwindigkeit der Veränderungen im internationalen Umfeld und das Ausmass der internationalen Verflechtung überraschen immer wieder. Ein Telefongespräch zwischen Genf und Sydney beispielsweise, das noch vor wenigen Jahren sehr kostspielig war, kann heute über das Internet praktisch gratis geführt werden (1984 kostete eine Gesprächsminute aus der Schweiz 9.60 Franken, 2004 nur noch 0.12 Franken). Dank der Liberalisierung der Wirtschafts- und Handelspolitik sowie dem technischen Fortschritt im Transportbereich hat sich der internationale Austausch von Waren und Dienstleistungen in den letzten 20 Jahren verfünffacht und erreichte letztes Jahr ein Volumen von über neun Billionen US-Dollar für Güter und zwei Billionen US-Dollar für Dienstleistungen. Dabei spielt sich ein Grossteil des grenzüberschreitenden Handels innerhalb von Unternehmen ab. Ein ebenso rasantes Wachstum ist bei den Direktinvestitionen zu beobachten.

Früher haben vor allem die OECD-Staaten und Schwellenländer von der Internationalisierung der Wirtschaft profitiert. In jüngster Zeit gibt es aber immer weitere Akteure, die mit den „Alteingesessenen“ in Wettbewerb treten. Viele Entwicklungsländer, die früher noch auf wirtschaftlich schwachen Füüssen standen, spielen neuerdings in internationalen Organisationen wie die WTO eine bedeutende Rolle. Als Beispiele seien China, Indien oder Brasilien genannt.

Obwohl die Schweizer Unternehmen und unsere Volkswirtschaft von diesen Entwicklungen profitieren, weckt die Globalisierung in der Bevölkerung auch Ängste. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Feststellungen, die man immer wieder hört, einer näheren Prüfung unterziehen:

- Aussage Nummer 1: Nur reiche Länder profitieren von der Globalisierung:
Es ist zwar richtig, dass der weltwirtschaftliche Integrationsprozess bislang geografisch eher ungleichmässig verteilt ist, dennoch ist es einer grossen Zahl von Entwicklungsländern, namentlich in Asien, gelungen, ihren Wohlstand zu steigern. Ein wichtiger Erfolgsfaktor war dabei die Öffnung und Liberalisierung ihrer Märkte. Daneben wurden Fortschritte im Bereich „Good Governance“, die

„conditio sine qua non“ für das notwendige Vertrauen ausländischer Investoren, erzielt. Nach Schätzungen der Weltbank hat der Anteil der Weltbevölkerung, der mit weniger als einem US-Dollar pro Tag leben muss, stetig abgenommen.

Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als einem US-Dollar pro Tag lebt:

Jahr	1981	1984	1987	1990	1993	1996	1999	2001
Anteil	40,4	32,8	28,4	27,9	26,3	22,8	21,8	21,1

Quelle: Weltbank 2005

- Aussage Nummer 2: Die Globalisierung reduziert den Einfluss und die Handlungsfähigkeit von Staaten:
Diese Kritik entbehrt jeglicher Grundlage. Im Gegenteil: In den Industriestaaten ist seit einigen Jahren eine Expansion der Staatstätigkeit festzustellen.
- Aussage Nummer 3: Nur die am besten ausgebildeten Personen profitieren von der Globalisierung, alle anderen werden durch die Auslagerung von Arbeitsplätzen bedroht:
Auch hier ist jegliche Angstmacherei fehl am Platz. Ausgelagerte Arbeitsplätze werden durch neue Jobs in derselben oder in anderen Branchen kompensiert. Outsourcing führt zu Strukturwandel – hin zu wertschöpfungsintensiveren effizienteren Bereichen. Trotz der aktuellen Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren in der Schweiz ein konstantes Beschäftigungswachstum stattgefunden.

Es trifft zu, dass die Globalisierung vieles in Frage stellt und bestimmte Gruppen verunsichert. Gleichzeitig fördert sie aber die Innovation und den Strukturwandel in unserer Wirtschaft. Man denke nur an den Erfolg vieler Schweizer Unternehmen.

Die Globalisierung ist keine Garantie, aber sie erweitert die Chancen für Wachstum, Fortschritt und Beschäftigung.

In der neuen Aussenwirtschaftsstrategie hat der Bundesrat die Bedeutung einer offenen Volkswirtschaft gut erkannt:

„Die internationale Arbeitsteilung bildet die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Als kleines rohstoffarmes Land hat sie sich schon früh nach aussen geöffnet und aus der zunehmenden Globalisierung grossen Nutzen gezogen. Schweizer Unternehmen konnten im Zuge der handelspolitischen Öffnung während der vergangenen Jahrzehnte vielfältige Chancen auf dynamischen Märkten im Ausland wahrnehmen.“

In der Tat ist die Schweiz heute einer der am stärksten in die Weltwirtschaft integrierten Staaten. Jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Schweizer Unternehmen beschäftigen über 1,8 Millionen Mitarbeiter im Ausland. Schweizer Exportunternehmen stellen sich mit grossem Erfolg der internationalen Konkurrenz und beweisen, dass auch unsere Wirtschaft von der Globalisierung profitiert.

Die Politik kann und soll diesen Prozess nicht aufhalten oder umgestalten. Eine Abkapselung von der internationalen Dynamik wäre fatal. Unser Land muss sich den Veränderungen stellen. Es ist entscheidend, wirtschaftsfreundliche und innovationsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Anpassungsdruck fordert einiges von Unternehmen und Menschen. Die Schweiz und ihre Wirtschaft verfügen aber über gute Karten, um sich diesen Herausforderungen zu stellen und auf internationaler Ebene vorne mitzuspielen: Das Bildungs- und Forschungsniveau ist im internationalen Vergleich immer noch hoch. Ein weiterer Vorteil ist die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung. Verschiedene Branchen sind weltweit an der Spitze. Zu nennen sind unter anderem die Medizinaltechnik, die Biotechnologie oder die Finanzdienstleistungen.

Die neue Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrats zeigt in die richtige Richtung. Sie legt den Schwerpunkt auf den Marktzugang im Ausland und auf das internationale Regelwerk. Ausserdem werden darin wettbewerbsfreundliche Regulierungen auf dem Binnenmarkt verlangt. Sollten Sie von diesem zweiten Punkt im Zusammenhang mit Aussenwirtschaft überrascht sein, bitte ich Sie zu bedenken, dass eine erfolgreiche Aussenwirtschaftspolitik einen wettbewerbsintensiven Binnenmarkt voraussetzt. Aussenwirtschaft und Binnenwirtschaft bilden ein grösseres Ganzes. Eine leistungsfähige und konkurrenzfähige Binnenwirtschaft generiert Wachstumsimpulse, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und schafft Spielraum für internationale Abkommen.

WTO: Schutz vor Willkür

Schweizer Unternehmen sind auf einen möglichst ungehinderten grenzüberschreitenden Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen innerhalb klar definierter und durchsetzbarer Spielregeln angewiesen. Die Welthandelsorganisation WTO setzt als multilaterales Handelsregime solche Regeln. Gerade für ein kleines, exportabhängiges Land wie die Schweiz ist die WTO essenziell. Die WTO-Regeln schützen vor Protektionismus, Diskriminierung, Willkür und vor unkontrolliertem Einfluss der grossen Handelsblöcke. Doch kann die WTO diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht werden?

Momentan wird im Rahmen der Doha-Runde auf technischer Ebene über die Modalitäten verhandelt. Dabei geht es unter anderem darum, konkrete Zahlen und Formeln für die Reduktion bzw. den Abbau von Zöllen im Bereich des Marktzugangs für Agrar- und Industrieprodukte zu vereinbaren. Ebenso wichtig ist die Aufnahme der Verhandlungen betreffend Handelserleichterungen. Zusätzlich müssen bis Ende Mai 2005 die revidierten Offerten im Dienstleistungsbereich (GATS) eingereicht werden.

Angesichts der vielen Pendenzen und divergierenden Positionen sind aber bis zur WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong noch grosse Anstrengungen erforderlich. Im Laufe des Jahres 2005 wird sich zeigen, ob es den Akteuren gelingt, gegenseitig Vertrauen zu schaffen, Kompromisse einzugehen und die notwendige Reform der WTO-internen Strukturen und Verfahren voranzutreiben. Gelingt dies nicht oder nur ungenügend, wird sich die schon heute zu beobachtende Tendenz zu verstärktem Regionalismus und Bilateralismus zunehmend manifestieren. Für die Schweiz kann dies zu einer Diskriminierung ihrer Exporte auf Drittmärkten führen. Es gilt daher, parallel zum multilateralen Weg bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen und auszubauen. Die im Januar 2005 vom Bundesrat verabschiedete Aussenwirtschaftsstrategie weist dabei in die richtige Richtung.

- economiesuisse erwartet vom Bundesrat, dass er die Schweizer WTO-Verhandlungsdelegation beauftragt, sich entschlossen für eine umfassende und rasche Liberalisierung der Welthandelsordnung unter dem Dach einer starken WTO einzusetzen.
- Parallel zu den Verhandlungen im Rahmen der WTO ist die Pflege und der Ausbau bilateraler Wirtschaftsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern unabdingbar, um Diskriminierungen der schweizerischen Wirtschaft zu vermeiden.

Beziehung zwischen der Schweiz und der EU

Für die Schweizer Wirtschaft ist es entscheidend, in den Beziehungen zum wichtigsten Wirtschaftspartner über stabile und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen zu verfügen. Allein im Warenverkehr stammen 80 Prozent der Schweizer Importe aus der EU und 60 Prozent der Exporte gehen dorthin. Solche Rahmenbedingungen wurden mit den ersten bilateralen Abkommen (Bilaterale I) zwischen der Schweiz und der EU stark ausgebaut und in Einzelbereichen durch die Bilateralen II ergänzt.

Als Folge der EU-Erweiterung wurde die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausgehandelt. Die Verhandlungen haben zu einem ausgewogenen und guten Ergebnis geführt und bewirken auf verschiedenen Gebieten eine engere Zusammenarbeit mit der EU bei gleichzeitiger Wahrung wichtiger schweizerischer Interessen.

Es besteht die grosse Gefahr, dass bei einer Ablehnung des Freizügigkeitsabkommens die Bilateralen I infolge der „Guillotine-Klausel“ in Frage gestellt würden. Dies würde eine Gefährdung des Bilateralismus insgesamt bedeuten und unserem vertraglichen Fundament mit der EU die Grundlage entziehen. Die dadurch provozierte Krise hätte unabsehbare Konsequenzen für die schweizerische Volkswirtschaft. Die Beziehungen zwischen unserem Land und der Europäischen Union würden in höchstem Masse strapaziert. Deshalb setzt sich economiesuisse mit aller Kraft für die bilateralen Verträge ein.

- Die Wirtschaft setzt sich für einen pragmatischen europapolitischen Kurs auf der Basis des bewährten bilateralen Wegs ein.
- economiesuisse befürwortet die neuen, im Jahr 2004 unterzeichneten Abkommen mit der EU.
- Der bilaterale Weg ist auch in absehbarer Zukunft die einzige Option in den Beziehungen zur EU und soll überall dort weiterentwickelt werden, wo dies im gegenseitigen Interesse ist.

Schlussfolgerung

Die Globalisierung ist keine Garantie, aber eine Chance für Wachstum und Beschäftigung.

Unsere Wirtschaft ist auf optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen, um diese Chance zum Wohl unseres Landes ergreifen zu können.